



MIGRATIONSHINTERGRUND WURDE ANFANGS VON POLIZEI UND MEDIEN VERSCHWIEGEN

Voerde: Serbe stösst Frau vor einfahrenden Zug – Opfer tot

Von EUGEN PRINZ | Ein völlig sinnloser Mord erschüttert die Republik. Gestern um 8.49 Uhr: Auf dem Bahnhof in Voerde in Nordrhein-Westfalen hat der polizeibekannt 28-jährige Jackson B. aus Hamminkeln in Nordrhein-Westfalen das 34-jährige Zufallsoffer Anja N., Mutter einer 13-jährigen Tochter, vor den Regionalzug RE19 gestoßen.

Die Frau wurde von dem Regionalexpress überrollt und starb noch vor Ort. Der Lokführer hatte keine Möglichkeit mehr, den Zug noch rechtzeitig zum Halten zu bringen. Trotz sofortiger Bergung und Versorgung durch den Notarzt verstarb die Frau. Von Augenzeugen wurde der Täter bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten. Inzwischen hat der Haftrichter auf Antrag der Staatsanwaltschaft Haftbefehl wegen Mordes erlassen, da die Mordmerkmale „Heimtücke“ und „Mordlust“ erfüllt sind.

Täter und Opfer hatten keinerlei Bezug zueinander. Es ging auch kein Streit zwischen den beiden der Tat voraus. Die 34-Jährige hatte erst im Sommer 2018 geheiratet. Ihr Mann schrieb kurz nach der Tat auf Facebook „Meine Frau wurde heute

ermordet. Sie wurde vor einen Zug geschubst, von einem Fremden ohne Grund.“

Die leidige Frage nach dem Migrationshintergrund

An dieser Stelle der Berichterstattung sind wir wieder einmal bei der Frage angelangt, ob es sich bei dem „mutmaßlichen“ Gewaltverbrecher um ein Eigengewächs, also um einen indigenen Deutschen oder eine Person mit Migrationshintergrund handelt. Die [Ziffer 12.1 des Pressekodex](#) sorgt ja bekanntlich dafür, dass die Antwort möglichst im Dunklen bleibt, damit sich das Unbehagen in der Bevölkerung gegen die Migrationspolitik ins Grenzen hält. So war es zunächst auch in diesem Fall, doch auf Dauer ließ sich die Wahrheit nicht unterdrücken.

Anfangs war sowohl in der polizeilichen Pressemitteilung als in der Berichterstattung der Mainstream Medien nur von einem „polizeibekanntem Mann aus Hamminkeln, einer Stadt in Nordrhein-Westfalen“ die Rede. Allein diese Formulierung lässt jedoch beim kritischen Medienkonsumenten bereits die Alarmglocken schrillen, da sie den Eindruck hervorruft, es handle sich bei dem „Tatverdächtigen“ um einen autochthonen Deutschen, ohne das explizit zu behaupten.



Eine schwierige Unterhaltung mit dem Pressesprecher

Eine Internetrecherche förderte Gerüchte zutage, der „Mann“

komme aus Syrien oder Marokko.

Gerüchte sind jedoch nichts wert, nur die Fakten zählen.

Deshalb hat PI-NEWS direkt bei der Polizei in Duisburg nachgefragt. Es war nicht einfach, am Sonntag jemanden ans Telefon zu bekommen, der zu Presseauskünften berechtigt ist, aber Hartnäckigkeit zahlt sich aus – auch im weiteren Verlauf des Gespräches. Denn zunächst hieß es nur: *„Nein, der Tatverdächtige kommt nicht aus Syrien oder Marokko.“*

PI NEWS: *„Hat der Tatverdächtige einen anderweitigen Migrationshintergrund?“*

Jetzt merkte man schon, dass der Beamte allmählich immer zugeknöpfter wurde. Dennoch bestätigte er, dass ein Migrationshintergrund vorliegt. Es ist wie Würmer aus der Nase ziehen.

PI NEWS: *„Und der Migrationshintergrund steht in Bezug zu welchem Land?“*

Die Antwort: *„Es ist weder Nordafrika noch der Nahe Osten“.*

Aha. *„Und welches Land ist es dann?“*

Jetzt macht der Beamte gänzlich zu. Er erklärt dem Autor, dass die Fragestellung an einen populistischen Hintergrund denken lässt, deshalb werde er zu dem Thema keine weiteren Auskünfte mehr erteilen.

Wenn allerdings [die BILD Zeitung anruft](#), ist man offenbar auskunftsfreudiger. Deshalb wissen wir inzwischen, dass es sich bei dem Gewaltverbrecher um einen Serben handelt.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



**Wegen schlechter Noten:
Migrant plante Hammermord an**

Lehrer

Von EUGEN PRINZ | Erhebungen aus dem Jahr 2017 zufolge hat jeder dritte der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland [keinen Schulabschluss](#). Das bedeutet, dass die Betroffenen weder ordentlich schreiben, noch lesen, noch rechnen können. Auch sonst liegen türkischstämmige Migranten, was die Bildung angeht, deutlich unter dem Durchschnitt der indigenen Bevölkerung. Ähnliches gilt auch für [Moslems im Allgemeinen](#). Über die Gründe hierfür könnte man einen eigenen Artikel schreiben, doch das bleibt einem anderen Tag vorbehalten.

Schulversagen: Schuld ist immer die Lehrkraft

Ihr Ehrbegriff und der damit verbundene Männlichkeitswahn machen es moslemischen Jungen schwer, im Falle eines Schulversagens die Schuld bei sich selbst zu suchen. In solchen Fällen wird lieber die Lehrkraft verantwortlich gemacht, manchmal mit allen Konsequenzen. Diese Erfahrung musste jetzt ein Lehrer an der Martin-Luther-King-Gesamtschule im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld machen, die laut Eigenwerbung für „Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ steht. Die ersten beiden Attribute finden häufig beschönigend bei Einrichtung mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund Verwendung.

Mordkomplott wegen schlechter Noten

Wegen schlechter Noten war die Versetzung eines 16-jährigen Schülers gefährdet. Dieser fühlte sich von dem zuständigen Lehrer (Deutsch und Chemie) ungerecht behandelt und plante deshalb, ihn zu töten. Hier stellt sich schon zum ersten Mal die Frage, in welchem Kulturkreis so eine Denke gedeiht.

Zusammen mit einem 17-jährigen Mitschüler und einem 18-jährigen Bekannten schmiedete er einen perfiden Plan. Der 16-jährige Rädelsführer und sein 18-jähriger Bekannter lockten den Lehrer unter dem Vorwand, dass dort ein Mitschüler

kollabiert sei (diese Rolle übernahm der 17-Jährige), in einen in Schulnähe gelegenen Garagenhof. In dieser schwer einsehbaren Örtlichkeit wollten der 16-jährige Haupttäter und sein 18-jähriger Erfüllungsgehilfe dem Lehrer den Schädel einschlagen. Zur Ausführung der Tat hatte jeder der beiden einen Hammer dabei. Glücklicherweise hatte der Deutschlehrer „ein komisches Gefühl bei der Sache“. Er wunderte sich, dass der 16-Jährige ausgerechnet ihn um Hilfe bat, obwohl sie bereits mehrfach wegen schulischer Belange in Streit geraten waren. Mißtraurisch geworden, vermied der Lehrer, den beiden den Rücken zuzudrehen und kehrte nach Verständigung des Rettungsdienstes sofort wieder auf die Hauptstraße zurück, um auf das Eintreffen des Sankas zu warten. Daher scheiterte das Mordkomplott. Der 17-jährige Simulant ließ sich tatsächlich ins Krankenhaus einliefern, wurde aber kurz darauf bei bester Gesundheit wieder entlassen.

Das Komplott flog auf, als der 18-Jährige versuchte, sich bei einem Mitschüler ein Alibi zu verschaffen. Dieser erzählte seiner Mutter von dem Mordplan, die wiederum die Schule informierte. Die sofort eingeschaltete Polizei nahm am vergangenen Montag die Tatverdächtigen fest und durchsuchte ihre Wohnungen. Inzwischen ermittelt die Mordkommission, dem Vernehmen nach legten der 17-Jährige und der 18-Jährige ein Geständnis ab, der 16-jährige Haupttäter schweigt bisher.

Und wie immer die Frage: Handelt es sich um Migranten?

Während ja angeblich bei solchen Taten für die Berichterstattung die Ethnie der Tatverdächtigen keine Rolle spielt (Ziffer [12.1 Pressekodex](#)), interessieren sich dennoch die meisten Bürger für dieses Detail, insbesondere die Leser von PI NEWS und natürlich auch der Autor dieses Artikels. Von allen „Qualitätsmedien“ bietet nur die [BILD](#) einen entsprechenden Anhaltspunkt: Der Vorname des Haupttäters sei „Serkan“. Jetzt stellt sich die Frage, ob der Träger dieses Namens seine Wurzeln im niederbayerischen Rottal oder eher in Anatolien hat. [Wikipedia](#) suggeriert letzteres. Da sich gleich

und gleich gerne gesellt, liegt die Vermutung nahe, dass auch die beiden Mittäter türkischer Provenienz sind, denn Serkan wird sich sicher lieber mit Murat und Tahir verbünden statt mit Klaus und Peter.

Es ist höchste Zeit, gegenzusteuern!

Der Autor hat den Eindruck, dass Flüchtlinge und Migranten, insbesondere aus dem islamischen Kulturkreis, überproportional häufig im Zusammenhang mit Aufsehen erregenden Straftaten in Erscheinung treten. Der Pressekodex, statistische Spielereien und Ausreden aus dem Bereich des „Opferschutzes“ verhindern wirksam, dass das wahre Ausmaß des Problems der Bevölkerung zur Kenntnis gelangt.

Deshalb muss zunächst einmal die Ziffer [12.1 des Pressekodex](#) ersatzlos gestrichen und die Polizei verpflichtet werden, in den Pressemitteilungen den ethnischen Hintergrund der Tatverdächtigen ohne Ausnahme zu nennen, auch bei Kindern und Jugendlichen.

Nur wenn sich die Bevölkerung der tatsächlichen Tragweite des Problems bewusst wird, entsteht bei der Politik der erforderliche Handlungsdruck. Es ist an der Zeit, jede, aber auch wirklich jede Aufenthaltsgenehmigung auf den Prüfstand zu stellen, auch die unbefristeten. Wenn jemand als Ausländer für dieses Land und seine Bewohner eine Gefahr darstellt, dann muss er gehen. Auch wenn er hier geboren ist und schon lange in Deutschland lebt.

Die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit und die bereits vollzogenen Einbürgerungen müssen ebenfalls auf den Prüfstand gestellt werden. Nur so können wir verhindern, dass in Deutschland Verhältnisse einkehren, wie sie in den Ländern herrschen, die die Moslems verlassen haben, weil es dort für sie nicht lebenswert ist.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass das Trio wieder auf freiem Fuß ist, da keine Haftgründe vorliegen.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Blut-Samstag in Nürnberg:

Geplantes Messerverbot tut bitter Not

Von EUGEN PRINZ | Nicht nur gefühlt ist seit einigen Jahren die Zahl der Messerattacken bei körperlichen Auseinandersetzungen oder grundlosen Angriffen auf unbeteiligte Bürger dramatisch angestiegen. Nun kommen die etablierte Politiker nicht mehr umhin, sich diesem ungeliebten Thema zu widmen. Ungeliebt deshalb, da hier die fatalen Auswirkung ihrer fundamentalen Fehlentscheidungen offen zutage treten. Die Leidtragenden sind die Bürger, für die „innere Sicherheit“ zum Fremdwort wird.

„Messerstecher-Statistik“ erst in einigen Jahren

Gegenwärtig arbeiten Experten an einer bundesweiten Erfassung von Messerangriffen. Dummerweise dauert laut Bundeskriminalamt die Umsetzung jedoch noch mehrere Jahre. Bis dahin kann man sich also bequem dahinter verstecken, dass es keine belastbaren Zahlen gibt. Lediglich Niedersachsen registriert bereits seit zwei Jahren Straftaten, bei denen Stichwaffen eingesetzt werden. Dort gab es im vergangenen Jahr 3.754 entsprechende Taten.

Geplante Änderung des Waffengesetzes: Messer sollen verschwinden

So ist es auch nicht verwunderlich, dass Niedersachsen zusammen mit Bremen einen Änderungsvorschlag zum Waffengesetz in den Bundesrat eingebracht hat, der am kommenden Freitag beraten wird. Geplant sind „Messer-Verbotzonen“ wie zum Beispiel Einkaufszentren, öffentliche Verkehrsmittel, Kindergärten, Schulen und natürlich auch Fußgängerzonen. Ausgewiesen werden diese Bereiche dann von den örtlichen Behörden. Springmesser und feststehende Messer mit einer Klingenlänge von über sechs Zentimetern sollen künftig gar

nicht mehr in der Öffentlichkeit mitgeführt werden dürfen. Im Falle von Zuwiderhandlungen sieht der Änderungsvorschlag die Beschlagnahme der Messer sowie Bußgelder vor, bei Springmessern sogar eine Freiheitsstrafe. Der Antrag Niedersachsens und Bremens hat gute Aussichten, angenommen zu werden.

Kunststück der Mainstream-Medien

Die Mainstream Medien, allen voran die deutsche Presseagentur (dpa), haben das Kunststück fertig gebracht, über dieses brisante Thema zu berichten, ohne auch nur einmal das Wort „Flüchtlinge“ zu erwähnen. Auf der Zunge zergehen muss man sich die Formulierung der dpa:

„Die Forderung nach einem weitreichenden Messerverbot wurde zuletzt immer wieder erhoben – besonders nach aufsehenerregenden Gewalttaten. So hatte die CDU-Fraktion im sächsischen Landtag im September ein solches Verbot für die deutschen Innenstädte ins Spiel gebracht. Zuvor hatte es in Chemnitz einen tödlichen Angriff gegeben. Für die Tat steht seit März ein Syrer wegen Totschlags vor Gericht. Das Verbrechen löste in Chemnitz damals ausländerfeindliche Attacken aus.“

Da kann man nur sagen: Die Mainstream-Medien haben nichts, aber wirklich gar nichts dazu gelernt. Sie machen ohne Rücksicht auf Verluste mit dieser Art der Berichterstattung weiter, bis niemand mehr sie liest. Auch das ZDF hat diese [Formulierung übernommen](#). In den meisten anderen Medien wird nicht mal der Syrer erwähnt, sondern der Eindruck erweckt, das Problem läge in einer zunehmenden Verrohung der Deutschen. Glücklicherweise gibt es in den Lokalredaktionen noch Journalisten, die Ross und Reiter nennen. Dazu gehört Marcus Sauer von der Politikredaktion des Straubinger Tagblatts. Er schreibt:

„Möglichst imposante und martialische Stichwaffen, etwa mit

scharfer Klinge und Wellenschliff, der besonders hässliche Wunden hervorruft, gelten unter jungen Männern gerade aus dem arabischen Raum als Symbol für Macht und Männlichkeit. Und wer sich unter Druck gesetzt fühlt, diese Männlichkeit stets durch Imponiergehabe zu beweisen, zu der auch Gewalt gehört, bei dem sitzt das Messer mitunter locker.“

So wird ein Schuh draus! Deshalb sollte man darüber nachdenken, zusammen mit den Messern auch gleich deren Besitzer zu entfernen. Und zwar nicht nur aus der Fußgängerzone, sondern gleich aus Deutschland. Aber bis das kommt, wird noch viel unschuldiges Blut zur Stärkung der arabischen Männlichkeit in deutsche Rinnsteine fließen.

Und weil es noch zum Thema passt:

Nürnberger Messerattackenserie am Samstag: PI-NEWS fragt nach

Wie übel die Situation in Deutschland inzwischen geworden ist, zeigt die [Messerattackenserie vom vergangenen Samstag in Nürnberg](#), wo es an einem Tag unabhängig von einander zu drei Stechereien mit lebensgefährlich Verletzten kam. Da nur im dritten Fall, einem Streit in einem Asylbewerberheim, die Herkunft des Tatverdächtigen klar ist, hat PI-NEWS bei der Pressestelle des Polizeipräsidiums Nürnberg nachgefragt.

Der erste Fall spielte sich in der Fenitzerstraße im Nürnberger Osten ab. Tatverdächtig ist ein 20-Jähriger, der laut Auskunft der Pressestelle die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Daraufhin entspann sich folgender Dialog zwischen dem Autor und dem Pressesprecher:

PI-NEWS: *Hat der tatverdächtige Deutsche einen Migrationshintergrund?*

Pressesprecher: *Ich sehe hier nur, dass er Deutscher ist und das andere spielt für uns keine Rolle.*

PI-NEWS: *Kann man aus dem Namen des Tatverdächtigen den*

Schluss ziehen, dass er einen Migrationshintergrund hat?

Pressesprecher: *Dazu äußere ich mich nicht.*

(Aha...)

PI-NEWS: *Und der dritte Fall in der Südstadt?*

Pressesprecher: *Der hat sich in der Allersberger Straße zugetragen. Hier ist das Opfer ein Italiener und der Täter besitzt die türkische Staatsangehörigkeit.*

Es haben also mindestens zwei, wenn nicht alle drei Tatverdächtigen einen Migrationshintergrund aus dem relevanten Zuwanderungsgebiet. Sie sehen, liebe Leser, es lohnt sich nachzufragen. Aber das machen eben nur die Freien Medien und genau deshalb sind sie so wichtig!

Der [erste Kongress der Freien Medien](#) am Wochenende hat uns gestärkt und beginnt jetzt schon, Synergieeffekte freisetzen. Die etablierte Medienlandschaft wird sich warm anziehen müssen. Wir holen auf. Immer weiter.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus

zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Vertuschung unter dem Deckmantel des Persönlichkeitsschutzes?

Von EUGEN PRINZ | Am Samstag, dem 10. November gegen 22:15 Uhr hielt sich ein 38-Jähriger im U-Bahnhof Frankenstraße in Nürnberg auf, als er von drei Jungen angepöbelte wurde. Im Laufe der Auseinandersetzung zückten sie plötzlich ihre Messer und forderten von dem Mann die Herausgabe von Bargeld. Letztlich aber flüchteten die Tatverdächtigen ohne Beute.

Da von den Beschuldigten eine gute Personenbeschreibung vorlag, gelang es sehr schnell, sie festzunehmen. Es handelt sich um ein Kind im Alter von 11 Jahren und zwei 14-Jährige. Bei ihrer Durchsuchung wurden mehrere handelsübliche Küchenmesser aufgefunden und sichergestellt. Zudem ergab eine Überprüfung, dass das Trio zur Ingewahrsamnahme ausgeschrieben war.

Gegen die beiden 14-Jährigen wird nun wegen des Verdachts der räuberischen Erpressung ermittelt. Da der 11-Jährige

strafunmündig ist, hat er außer einer Mitteilung an die Staatsanwaltschaft und das Jugendamt keine weiteren Folgen seiner Tat zu fürchten. Die drei Tatverdächtigen befinden sich nun in einem Jugendwohnheim in Nürnberg.

Soweit die Zusammenfassung der polizeilichen Pressemitteilung zu diesem Vorfall. Doch das ist nicht das Hauptthema dieses Artikels.

Auskunft zu einem möglichen Migrationshintergrund verweigert

Ein Kind und zwei 14-Jährige, die mit Küchenmessern bewaffnet herumlaufen und die Leute überfallen. Müssen wir uns in Deutschland nun auch noch vor [hochkriminellen Jugendbanden](#) fürchten, die seit neuestem wie Pilze aus dem Boden wachsen?

Es versteht sich von selbst, dass gerade bei derartig gelagerten Fällen ein erhöhtes Informationsbedürfnis der Bevölkerung besteht. Die Bürger wollen wissen, ob es sich bei den Tatverdächtigen um „Eigengewächse“ handelt oder wir uns diese Früchtchen im Rahmen der Zuwanderung eingefangen haben. Üblich war es jedenfalls vor einigen Jahren noch nicht, dass in Deutschland so viele Messer auf der Straße unterwegs sind.

Nachdem eine Internetrecherche nach dem ethnischen Hintergrund des Trios ergebnislos verlief, kontaktierte der Autor die Pressestelle des Polizeipräsidiums Nürnberg. Der zuständige Pressesprecher verweigerte jedoch strikt die Auskunft über die Staatsangehörigkeit oder einen möglichen Migrations- bzw. Flüchtlingshintergrund der Tatverdächtigen und verwies auf den besonderen Persönlichkeitsschutz bei Kindern und Jugendlichen.

Was gehört zu den Persönlichkeitsrechten?

Neben dem Schutz der Privatsphäre umfasst das allgemeine Persönlichkeitsrecht den Schutz des Namens und der Ehre, der Urheberrechte, das Recht auf eine richtige Darstellung der eigenen Person in Wort, Schrift und Bild, das Recht am eigenen Bild, Namen, gesprochenem Wort, das Recht der engeren

Lebenssphäre und Privatsphäre, Rechte über das Leben, den Körper, die Gesundheit und die Freiheit. Ferner wird aus dem Persönlichkeitsrecht ebenfalls das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität von informationstechnischen Systemen hergeleitet. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht stellt dementsprechend ein sehr weit gefasstes Grundrecht dar.

Fadenscheiniges Argument

Weshalb die Auskunft über den ethnischen Hintergrund der Tatverdächtigen ihre Persönlichkeitsrechte verletzt, bleibt jedoch das Geheimnis der Pressestelle des PP Nürnberg. Es dürfte angesichts von 20 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland und 60 Millionen ohne einen solchen etwas schwierig werden, anhand dieser Information Rückschlüsse auf die Identität der Tatverdächtigen zu ziehen. Und die Offenlegung der Identität des von der Berichterstattung Betroffenen ist nun mal die Grundvoraussetzung für die Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte.

Es besteht daher kaum ein Zweifel, dass der ethnische Hintergrund des Trios nicht aus Gründen des besonderen Persönlichkeitsschutzes verschwiegen wird, sondern aus anderen Gründen, die hier keiner weiteren Erläuterung bedürfen.

Nun haben wir also inzwischen zwei Brandmauern, die dafür sorgen sollen, dass die Ethnie von Tatverdächtigen möglichst nicht genannt wird. Da ist einmal der [Pressekodex](#), insbesondere die berüchtigten Ziffern 8 und 12 und dann noch die Richtlinien der Polizeibehörden, die bestimmen, welche Informationen an die Presse weitergegeben werden.

Nennung der Ethnie als Schutz der Migranten vor Diskriminierung

Angesichts der veränderten Lage in Deutschland sind die einschlägigen Richtlinien des Pressekodex und der

Pressestellen der Polizeibehörden nicht mehr zeitgemäß. Beide Richtlinien sollten geändert und grundsätzlich der ethnische Hintergrund mutmaßlicher Straftäter in den Medien genannt werden, also auch bei autochthonen Deutschen.

Es braucht keiner eine solche Regelung zu fürchten, wenn es zutrifft, dass Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund nicht krimineller sind als die indigene deutsche Bevölkerung. Somit wäre gerade mit dieser Regelung allen diesbezüglichen Spekulationen durch wahrhaftige und vollständige Berichterstattung der Boden entzogen.

Der Autor vertrat gegenüber dem Pressesprecher die Auffassung, dass die Bevölkerung gerade unter den veränderten Bedingungen in Deutschland ein Recht darauf habe, den ethnischen Hintergrund von Tatverdächtigen zu erfahren.

Wollen SPD Wähler die Wahrheit nicht wissen?

Die Antwort des Pressesprechers war verblüffend: „Es gibt sicherlich Leute, die das gar nicht wissen wollen. SPD Wähler zum Beispiel“. Da blieb dem Autor momentan die Spucke weg. Kann das wirklich sein? Bei näherem Nachdenken musste er dem Beamten Recht geben. Die Gutmenschen wollen so etwas nicht wissen. Es gibt übrigens in Afrika ein Tier, das ein ähnliches Verhaltensmuster an den Tag legt: Der Vogel Strauß.

Bleibt immer noch die ursprüngliche Frage nach dem ethnischen Hintergrund des Messer-Trios offen. Waren es indigene Deutsche? Deutsche mit Migrationshintergrund? Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge?

Der Autor ist überzeugt, dass es ihm der Pressesprecher nur zu gerne unter die Nase gerieben hätte, wenn es indigene Deutsche gewesen wären. Persönlichkeitsschutz hin oder her. Aber um keine Unklarheiten aufkommen zu lassen: Der Beamte hat sich völlig korrekt seinen Vorschriften entsprechend verhalten und die bayerische Polizei leistet unter schwierigen Bedingungen eine hervorragende Arbeit. Die Politik ist es, die versagt,

nicht die Polizei.

Nachtrag

In den Kommentaren wurde folgende, gute Frage aufgeworfen:

chemikusBLN 15. November 2018 at 14:31

Ernstgemeinte Frage. Hält sich ein Presseorgan nicht an den Codex, was passiert dann? – Verbannung, Zwangsmitgliedschaft bei der CDU? Keine Einladung mehr zu Hintergrundgesprächen? Bitte ernsthaft um Aufklärung, wie die Sanktionen sind.

Hier die Antwort auf diese Frage:

Im Gespräch ist die Wiedereinführung der Todesstrafe für Verstöße gegen den Pressekodex. Bisher wird in der Regel eine lebenslange Freiheitsstrafe mit anschließender Sicherheitsverwahrung verhängt.

Satire beiseite, die Sanktion für einen Verstoß gegen den Pressekodex ist eine Rüge durch den deutschen Presserat, [die veröffentlicht wird](#). Inwiefern diese Rüge die Lebensqualität der Gerügten beeinträchtigt, entzieht sich der Kenntnis des Autors.



Englischer

Garten:

Tausendschaft Randalierer vs. Ordnungskräfte

Die bayerische Staatsregierung hat der Bevölkerung bisher erfolgreich vermittelt, dass Bayern eine Insel der Seligen, ja gleichsam [das Paradies](#) sei. Doch nun zeichnet sich ab, dass auch dieses Bundesland von Entwicklungen wie in Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen, wo Migrantenhorden bereits ganze Stadtviertel unregierbar machen, nicht verschont bleibt.

Folgen der Überfremdung werden auch Bayern zum Kippen bringen

Gegen den demografischen Wandel, der für die indigene Bevölkerung Deutschlands zum Fallbeil wird, sind auch die Verbalhardliner der CSU machtlos. Der krachend gescheiterten Integration eines großen Teils der muslimischen Bevölkerung stehen die Christsozialen ebenso ratlos und untätig gegenüber, wie die anderen etablierten Parteien. In den vielen Jahren ihrer Regierungsbeteiligung haben sie sogar maßgeblich zur Entstehung jener Probleme, mit denen wir uns jetzt in nie dagewesener Deutlichkeit konfrontiert sehen, beigetragen.

Seit dem 21. April 2018 kann nun auch Bayern nicht mehr die Augen davor verschließen, dass orientalische Verhältnisse nicht nur die Zukunft Deutschlands, sondern auch die des Freistaats bedrohen, wenn nicht bald eine 180° Wende in der Zuwanderungs- und Migrationspolitik vollzogen wird.

Der Weckruf für die Bayern erfolgte bereits am Samstag, dem 21. April, doch ähnlich wie bei den Ereignissen der Silvesternacht 2015 auf der Kölner Domplatte, die eine Zeitenwende in Deutschland markierten, kommt die ganze Wahrheit erst Tage später ans Licht der Öffentlichkeit.

Aus Rettungseinsatz wurde Landfriedensbruch

Der Rettungsdienst der Münchner Berufsfeuerwehr wurde am

21.04. gegen 22 Uhr zum Monopteros im Englischen Garten in München gerufen, weil dort angeblich eine junge Frau immer wieder das Bewußtsein verlieren würde. Wie sich herausstellte, handelte es sich um eine stark alkoholisierte Jugendliche, die sich offenbar ins Koma getrunken hatte.

Nachdem die junge Frau in den Sanka verbracht worden war, griff eine Horde von etwa 70 aggressiven Jugendlichen die Rettungskräfte an. Sie begannen, das Fahrzeug zu schaukeln, während im Inneren der Patientin eine Infusionsnadel gesetzt werden sollte. Einige der Randalierer kletterten auf den Sanka, wieder andere machten Anstalten, in den Innenraum des Rettungswagens zu gelangen. Zudem wurde das Notarztteam von dem Mob grundlos aufs Übelste beschimpft und mit Flaschen beworfen. Zeitgleich gingen bei der Einsatzzentrale der Münchner Polizei zahlreiche Meldungen über größere Schlägereien im Englischen Garten ein.

Eintausend Jugendliche, überwiegend Migranten aus Problemvierteln, roten sich zusammen

Die Einsatzkräfte sahen sich bei ihrem Eintreffen einer Meute von etwa 1000 Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den Münchner Problemvierteln Neuperlach und Hasenberg gegenüber. Wie sich herausstellte, hatte die Horde, die überwiegend aus Personen mit Migrationshintergrund bestand, Schaukämpfe inszeniert, um die Ordnungshüter dann mit fingierten Notrufen in eine Falle zu locken. Was folgte, waren zahlreiche Angriffe des randalierenden Mobs auf Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungsdienstler. Hier finden Sie ein [Handyvideo](#) dazu.

Die Polizei rückte mit einer Hundertschaft an, um die Lage zu bereinigen. Offenbar gelang es den überforderten Sicherheitskräften nicht, die Rädelsführer dingfest zu machen. Es liegen auch keine Bericht über Anzeigen oder Festnahmen vor, obwohl es sich hier ganz klar um Landfriedensbruch gehandelt hat:

§ 125

Landfriedensbruch

(1) Wer sich an

1. Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen oder
2. Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätigkeit,
die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche
Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen
werden, als Täter oder Teilnehmer beteiligt oder wer auf die
Menschenmenge einwirkt, um ihre Bereitschaft zu solchen
Handlungen zu fördern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei
Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Bayerns Innenminister findet das unbegreiflich

Der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann [kann nach eigenen Worten nicht begreifen](#), was da vor sich ging:

„Nach dem, was ich bisher gehört habe, kann ich überhaupt nicht begreifen, dass hier ganz offensichtlich Leute sich nur zusammengefunden haben, um durch vorgebliche Schlägereien die Polizei zu provozieren, zum Einsatz herauszufordern, um dann gemeinsam auf die Polizei loszugehen. Gleichzeitig auch Feuerwehrleute und Rettungssanitäter, die im Einsatz waren, anzugreifen und mit Bierflaschen zu bewerfen, das ist wirklich unglaublich, das ist unerträglich. Ich hoffe, dass hier die Rädelsführer bald ermittelt werden können.“

Erstmals Klartext von der Mainstream Presse

Das Ereignis hat nun sogar die Vertreter der [Mainstream Presse wachgerüttelt](#). Der Chefredakteur des Münchner Merkur, Georg Anastasiadis, kommentierte die Attacken in der „tz“ wie folgt:

„1000 Jugendliche attackieren im Englischen Garten Feuerwehr und Polizei: Das war die verstörende Nachricht vom Wochenende. Was seither an Details durchsickert, ist kaum geeignet, die aufgeschreckten Bürger zu beruhigen: Ein Mob

von Halbstarken aus den Münchner Problemvierteln rottet sich [...] gezielt zusammen, um sich mit jenen anzulegen, die sie für Vertreter der staatlichen Ordnungsmacht halten. [...]

Neu [...] ist die schiere Masse der Angreifer, und neu ist auch die Abwesenheit jeder Form des Respekts gegenüber Uniformträgern. In Neuperlach und am Hasenberg ist ein Prekariat herangewachsen, dem es nicht nur an elterlicher Erziehung und schulischen und beruflichen Perspektiven fehlt, sondern auch an der Erfahrung, dass der Staat Regelverstöße auch wehrhaft ahnden könnte. Oft handelt es sich dabei um Einwandererkinder der dritten oder vierten Generation. Viele der jetzt im Englischen Garten auffällig gewordenen 50 bis 60 Rädelsführer werden zudem in Zusammenhang mit vorangegangenen Diebstahlsserien gebracht. Ein Hätschel-Staat, der seinen Heranwachsenden nichts mehr abverlangt, nicht mal 15 Monate Wehrdienst oder ein soziales Jahr, und der sich umgekehrt zu lange zu vieles gefallen lässt, darf sich nicht wundern, wenn er am Ende vorgeführt wird.“

Weiterhin kommt der Chefredakteur des Münchner Merkur zu dem Schluß, dass mit noch mehr Sozialarbeitern das Problem der vernachlässigten Integration und des staatlichen Autoritätsverlusts nicht zu beheben sei. Hört, hört! Kann man da nur sagen.

„Warnschuss“ bereits eine Woche vorher

Einen „Warnschuss“ hatte es bereits eine Woche vorher gegeben, als die Polizei mit einer Hundertschaft unter Schlagstockeinsatz eine „Facebook Party“ auflösen musste, aus der es ebenfalls zu Gewalttätigkeiten kam. Im Gegensatz zum neuerlichen Vorfall verloren die Mainstreammedien damals jedoch [kein Wort über die ethnische Herkunft](#) der Randalierer.

Mit verstärkter Polizeipräsenz und dem Einsatz der Reiterstaffel im Englischen Garten will Ministerpräsident Söder die Lage stabilisieren. Die Pferde sollen es also

richten, wo die Politik versagt hat. Aufgrund der starken Polizeikräfte und umfangreicher Kontrollen war es das vergangene Wochenende ruhig im Englischen Garten. Es bleibt abzuwarten, wie lange wir noch über genügend Polizeikräfte verfügen, um die dank der Zuwanderung wie Pilze aus dem Boden schießenden Brandherde in unserem Land mit verstärkter und dauerhafter Polizeipräsenz auszutreten. Schönes neues Deutschland, schönes neues Bayern. (hsg)



Landshut: Antifa zeigt ihre rassistische Fratze

Die bürgerkriegsähnlichen Zustände beim G20-Gipfel in Hamburg haben deutlich gemacht, welches erschreckende Gewaltpotential die so genannten Autonomen in Deutschland bei Bedarf abrufen können. Und während sich die Vertreter der linksgrünen Journaille wie Verdurstende in der Wüste auf jeden Vorfall stürzen, bei dem rechte Gewalt im Spiel ist oder irgendwie konstruiert werden kann, interessieren die regelmäßig stattfindenden Anschläge auf AfD-Funktionäre bei Merkels Hofberichterstattem niemanden.

Ähnlich sieht es auch bei der derzeitigen Legislative und deren Exekutivorganen aus. Einerseits genügt schon ein lockerer Spruch, um jemanden mit einer patriotischen Gesinnung eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz einzubringen,

andererseits genießen Zusammenschlüsse wie die Antifa, die alle Merkmale einer verfassungsfeindlichen, kriminellen Organisation aufweisen, weitgehende Narrenfreiheit.

Antifa – die neue SA

Was gibt es auch besseres für unsere gegenwärtige Regierung und alle anderen linken Parteien, als die Antifa: Sie machen die Drecksarbeit, schüchtern politische Gegner durch Straftaten von Sachbeschädigung über Körperverletzung und Bedrohung bis hin zur Brandstiftung ein und sorgen dafür, dass sich jeder zweimal überlegt, ob er sich das antut, Mitglied oder gar Funktionsträger bei der AfD zu werden. Und das perfideste daran ist, dass sich das linksgrüne Establishment seine Hände heuchlerisch in Unschuld waschen kann, wenn sie den Nutzen aus den kriminellen Machenschaften der Antifa zieht.

Wir hatten in Deutschland schon einmal solche Zustände. Damals war es die SA, die nun in der Antifa eine Nachfolgeorganisation gefunden hat.

Kollateralschäden bei kriminellen Attacken kein Problem

In der Auswahl ihrer Ziele sind die kriminellen Linken, von denen viele parasitär von den Sozialleistungen eines Staates leben, den sie verabscheuen und bekämpfen, nicht zimperlich und nehmen auch Kollateralschäden in Kauf. Weil jeder, der bei der AfD ist, per se auch ein Rassist sein muss und das im Rahmen der Sippenhaft auch für dessen Angehörige gilt, verschwendet man keinen Gedanken daran, dass ein Anschlag auf ein Wohnhaus alle trifft, die dort leben.

In der Nacht zum 10. Dezember wurden ein Vorstandsmitglied des AfD-Kreisverbandes Landshut-Kelheim und seine Familie erstmals Opfer linker Krimineller. „Wolfi, wir haben dich im Auge“, schmierten sie im Eingangsbereich seines Grundstücks auf die Frontklappe der Mülltonnenbox. Dazu gab es noch jede Menge Aufkleber, die beispielsweise mit „FCK AfD“ (Fuck AfD)

bedruckt waren.



Schmierereien und hirnlose Sticker an der Frontklappe der Mülltonnenbox.

Familie mit Migrationshintergrund

An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Frau des betroffenen Vorstandsmitglieds einen Migrationshintergrund hat und dunkelhäutig ist. Das trifft auch für die beiden Töchter und drei Enkelkinder zu, die ebenfalls in dem Drei-Generationen-Hauses leben. Das jüngste, ein kleines Mädchen, ist gerade mal sieben Jahre alt. Wir haben also in dem Haus einen autochthonen Deutschen und sechs Menschen mit Migrationshintergrund, denen man diesen auch ansieht. Das ist jedoch der Antifa, die sicherlich auch über diese Information verfügt, vollkommen egal.

Knapp eine Woche später, in der Nacht zum 16. Dezember, kam es erneut zu einem Anschlag. Dieses Mal drangen der oder die

Täter sogar in das Grundstück ein und schmierten die Worte „Achtung Nazi!“ an die Hauswand.

Siebenjährige hat Angst

Schon beim ersten Mal äußerte das siebenjährige Nesthäkchen Ängste, weil es intelligent genug ist zu begreifen, dass sein Opa und damit auch die Familie bedroht werden. Seit das kleine Mädchen nun weiß, dass die „bösen Männer“ beim zweiten Mal sogar auf das Grundstück vorgedrungen sind, ist es noch stärker verunsichert. Selbstredend ist dem Rest der Familie, der überwiegend aus Frauen besteht, auch nicht mehr wohl, weil sie schutzlos zurückbleiben, wenn das Familienoberhaupt unterwegs ist. Ein feines Ziel hat sich die Antifa da ausgesucht.

Der [Anschlag auf die Deggendorfer AfD-Politikerin](#) Katrin Ebner-Steiner im Juni 2016 hat gezeigt, dass diese linken Kriminellen nicht einmal davor zurückschrecken, Mütter mit kleinen Kindern zu bedrohen. Nun wissen wir, dass der Antifa auch eine dunkle Hautfarbe und ein Migrationshintergrund völlig egal ist.

Es wird Zeit, dass ein vernünftiger Innenminister diese Bande zur verfassungsfeindlichen Organisation erklärt und den Augiasstall namens Antifa mit all seinen bisher vom Staat als exterritoriales Gebiet behandelten Nestern ausmistet.